

**18. Wahlperiode**

## **Schriftliche Anfrage**

**des Abgeordneten Niklas Schrader (LINKE)**

vom 03. Juli 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 06. Juli 2020)

zum Thema:

**Umgang der Berliner Polizei mit politischen Funktionen, die Zweifel an der Verfassungstreue begründen können**

und **Antwort** vom 21. Juli 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 21. Juli 2020)

Herrn Abgeordneten Niklas Schrader (LINKE)  
über  
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort  
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/23974  
vom 3. Juli 2020  
über Umgang der Berliner Polizei mit politischen Funktionen, die Zweifel an der  
Verfassungstreue begründen können

-----  
Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Ist der Berliner Polizei die in einem Pressebericht (<https://www.tagesspiegel.de/berlin/beamte-unter-extremismusverdacht-polizist-und-afd-mitglied-geht-das-zusammen/25933348.html>) erwähnte Funktion eines Polizeiangestellten der Direktion Zentrale Sonderdienste als Gemeindevertreter für den Landesverband Brandenburg der AfD bekannt und wenn ja, seit wann?

Zu 1.:

Ja. Die Polizei Berlin hat durch den zitierten Pressebericht vom 20. Juni 2020 von der außerdienstlichen Funktion der Dienstkraft Kenntnis erlangt.

2. Ist diese Funktion gegenüber der Berliner Polizei durch die betreffende Person angezeigt worden?

Zu 2.:

Nein. Die Übernahme einer politischen Funktion unterliegt nicht der Anzeigepflicht gegenüber dem Dienstherrn.

3. Wurden Freistellungen zur Ausübung dieser Funktion seitens der betreffenden Person beantragt und wenn ja, in wie vielen Fällen ist dem stattgegeben worden?

Zu 3.:

Nein.

4. Wie viele Fälle sind dem Senat bekannt von
  - a) Beschäftigten der Berliner Polizei, die Mitglied in einer vom Verfassungsschutz als Verdachtsfall eingestuften Partei oder Partei-Gruppierung sind (bitte nach Beamt\*innen und Angestellten getrennt angeben)?

b) Beschäftigten der Berliner Polizei, die Mitglied in einer vom Verfassungsschutz als Beobachtungsfall eingestuften Partei oder Partei-Gruppierung sind (bitte nach Beamt\*innen und Angestellten getrennt angeben)?

Zu 4. a) und b):

Über den in Frage 1 genannten Fall hinaus wird für eine verbeamtete Dienstkraft der Polizei Berlin von einem in 4. genannten Fall ausgegangen. Verdachtsfälle sind Beobachtungsobjekte, daher entfällt die Unterscheidung von 4 a) und 4 b).

5. In wie vielen Fällen wurden der Berliner Polizei jeweils in den letzten drei Jahren Funktionstätigkeiten angezeigt, die im Zusammenhang mit Mitgliedschaften der in 4.a) und 4.b) genannten Parteien oder Partei-Gruppierungen stehen?
6. In wie vielen Fällen wurden jeweils in den letzten drei Jahren für Funktionstätigkeiten, die im Zusammenhang mit Mitgliedschaften der in 4.a) und 4.b) genannten Parteien oder Partei-Gruppierungen stehen, dienstliche Freistellungen beantragt und ggf. gewährt?

Zu 5. und 6.:

In keinem Fall.

7. In wie vielen Fällen wurden der Berliner Polizei jeweils in den letzten drei Jahren insgesamt politische Funktionstätigkeiten angezeigt?

Zu 7.:

In keinem Fall. Politische Funktionstätigkeiten unterliegen nicht der Anzeigepflicht gegenüber dem Dienstherrn.

8. In wie vielen Fällen wurden jeweils in den letzten drei Jahren insgesamt für politische Funktionstätigkeiten dienstliche Freistellungen beantragt und ggf. gewährt?

Zu 8.:

In keinem Fall.

9. Bei wie vielen der in 4.a) und 4.b) genannten Fälle handelt es sich um
  - a) Mitglieder des Landesverbands Brandenburg der AfD?
  - b) Mitglieder des sog. „Flügels“ der AfD?
  - c) Mitglieder der Jugendorganisation „Junge Alternative“, und inwieweit begründen aus Sicht des Senats diese Mitgliedschaften Zweifel an der Verfassungstreue oder die Unvereinbarkeit mit den Anforderungen an eine Beschäftigung bei der Berliner Polizei?
10. In wie vielen der in 4.a) und 4.b) und in wie vielen der in 9.a)-c) genannten Fälle sieht der Senat Anhaltspunkte für Zweifel an der Verfassungstreue und in wie vielen Fällen wurden Prüfverfahren eingeleitet?

Zu 9. und 10.:

Es wird von einem in 9. c) genannten Fall ausgegangen. Zu diesem Fall können aus datenschutzrechtlichen Gründen keine näheren Ausführungen gemacht werden.

Berlin, den 21. Juli 2020

In Vertretung

Torsten Akmann  
Senatsverwaltung für Inneres und Sport